

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

R/KIX/48

Bonn, den 10. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

	CSU-Bastionen erschüttert	48
	Die Wahl in Bayern - Große SPD-Erfolge	
2 - 3	Avantgardist unserer Würdigkeit	85
	Dr. Adolf Arndt zum 60. Geburtstag	
	Von Fritz Erler, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion	
4	Volk und Armee	37
	Zum Besuch des Bundespräsidenten bei der Schule	
	Innere Führung der Bundeswehr	
	Von Werner Buchstaller, MdB	
4 - 5	Israel noch immer außerhalb der EWG	63
	Traurige Bilanz von fünfjährigen Verhandlungen	
	Von Egon Heinrich, Assistent für Europafragen bei der	
	SPD-Bundestagsfraktion	
6	De Gaulle und die CDU/CSU	48
	Im Hintergrund die "Europäische Atomstreitmacht"	

Chefredakteur Günter Markscheffel

CSU-Bastionen erschüttert

Die Wahl in Bayern - Große SPD-Erfolge

sp - Bei den Wahlen am vergangenen Sonntag hat die CSU ihren letzten Oberbürgermeister in den fünf bayerischen Großstädten verloren. In München, Nürnberg und Regensburg stehen seit Jahren Sozialdemokraten an der Spitze der Verwaltung. Am Sonntag kam Augsburg dazu, wo der sozialdemokratische Kandidat Wolfgang Pepper mit 65,2 Prozent der gültigen Stimmen überzeugend den Gemeinschaftskandidaten von CSU und FDP schlug. Der Oberbürgermeister von Würzburg, der fünften Großstadt in Bayern, gehört keiner Partei an.

Um die letzten Kommunalwahlen in Bayern richtig werten zu können, muß man beachten, daß von 130 Landräten, Oberbürgermeistern und berufsmässigen Ersten Bürgermeistern, die sich wieder zu Wahl gestellt hatten, nur vier nicht gewählt wurden und weitere vier in die Stichwahl kamen. Dies zeigt deutlich, wie sehr die Persönlichkeit des Bewerbers, vor allem, soweit er das Amt bereits inne hatte, ins Gewicht fiel. Die meisten politischen Veränderungen erfolgten denn auch in den 32 Gemeinden und Landkreisen, wo die bisherigen Amtsinhaber nicht mehr auftraten. Die sozialdemokratischen Kandidaten konnten sich in einem erheblichen Teil dieser Gemeinden und Kreise durchsetzen.

Ausser in Augsburg hat die SPD die Oberbürgermeisterwahl auch in Rothenburg gewonnen. Nördlingen und Fürth - hier war die Entscheidung sehr knapp - gingen verloren. Es sind die einzigen Verluste der SPD bei diesen Wahlen. Zu den acht von 20 berufsmässigen Ersten Bürgermeistern, die neu zu wählen waren, gewann die SPD zwei dazu.

* Von entscheidender Bedeutung für die politische Situation in Bayern ist das Abschneiden der SPD-Kandidaten bei der Wahl der Landräte.
* In den 100 Landkreisen, wo am 8. März gewählt wurde, gab es bisher sieben Landräte, die der SPD angehörten. In allen sieben Kreisen wurden erneut SPD-Kandidaten gewählt. Dazu gewann die SPD fünf weitere Landräte, und zwar in Neu-Ulm, Fürstenfeldbruck, Schwabach, Passau-Land und Grafenau. Zusätzliche acht Landräte wurden der CSU durch Kandidaten streitig gemacht und gewonnen, die von der SPD mit aufgestellt oder von ihr unterstützt wurden. Ausserdem sind an allen sechs Stichwahlen, die in den nächsten drei Wochen stattfinden müssen, SPD-Kandidaten beteiligt. Nur einer von ihnen muß sein bisheriges Amt verteidigen.

Bermerkenswert ist ferner der große Stimmengewinn, den die Kandidaten der SPD im allgemeinen erreichen konnten. So unterlagen die SPD-Oberbürgermeisterkandidaten in Landshut mit nur 500 und in Passau mit etwa 1000 Stimmen.

Die SPD in Bayern hat also allen Grund, den Ausgang dieser Wahlen als einen Erfolg zu buchen. Besonders der deutliche Sieg in Augsburg und der Einbruch in Niederbayern sind als Sensation zu betrachten.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Auflockerung der politischen Verhältnisse in den ländlichen Gebieten Bayerns fortschreitet. Auch in Niederbayern sind nun den SPD-Bürgermeistern die SPD-Landräte gefolgt. Damit ist die Vorherrschaft der CSU auch in ihren bisherigen Hochburgen bedroht.

Avantgardist unserer Mündigkeit

Dr. Adolf Arndt zum 60. Geburtstag

Von Fritz Erlar, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Aus der Geschichte des Aufbaus der Demokratie nach 1945 in unserem Lande ist der Name des Senators für Kunst und Wissenschaft von Berlin, Dr. Adolf Arndt, nicht wegzudenken. Er, der am 12. März 1964 das sechste Lebensjahrzehnt vollendet, hat daran einen hervorragenden Anteil, weniger durch die unmittelbare Tätigkeit in einem Regierungsamt, als durch sein beispielhaftes öffentliches Wirken. Es entspricht auch viel mehr seinem Wesen und seiner Auffassung, die Demokratie nicht als technisches Instrument, sondern als Aufgabe von hohem geistigen Rang und Verpflichtung zu ständiger tätiger Anteilnahme zu verstehen.

So weitgespannt wie sein Bemühen um das Selbstverständnis unserer Zeit war, so wenig läßt sich Adolf Arndt in eine Schablone pressen.

Die Laufbahn des glänzenden Juristen begann in Berlin der letzten Jahre der Republik von Weimar. Dort sammelte er als Richter nicht nur die ersten praktischen juristischen Erfahrungen, sondern begegnete auch unmittelbar der Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie in ihrem zerstörerischen Kampf. Von den Nationalsozialisten aus dem Amt vertrieben, arbeitete er als Rechtsanwalt und lernte dabei Gefahren und Schwierigkeiten der Auseinandersetzung mit den totalitären System kennen. So war er geradezu berufen, nach 1945 am Aufbau der Justiz eines demokratischen Landes an verantwortlicher Stelle mitzuwirken, zunächst als Oberstaatsanwalt in Marburg, später als Ministerialrat in der Hessischen Landesregierung und schließlich seit 1949 im Deutschen Bundestag.

An jene Zeiten knüpft eine Begebenheit an, die besser als jede andere den Menschen Adolf Arndt kennzeichnen mag.

Im Jahre 1955 verweigerte der damalige Präsident der Universität Tuscaloosa/Alabama einer farbigen Studentin den Zugang zum Studium. Es handelte sich bei dem Präsidenten um denselben Mann, der als Besetzungsoffizier Arndt den Eid abgenommen hatte. Als dieser davon erfuhr, schrieb er dem Universitätspräsidenten einen offenen Brief. Er erinnerte ihn an jenen Eid, der nicht nur den binden könne, der ihn geleistet habe, sondern auch den verpflichte, der ihn abgenommen habe. Auch der Präsident müsse sich daran halten, nämlich Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und niemanden wegen seines Glaubens, seiner Abstammung oder seiner Rasse zu benachteiligen.

So ernst, so leidenschaftlich und so unabdingbar in seinem Eintreten für die Unteilbarkeit des Rechts lernte dann auch der Deutsche Bundestag den Abgeordneten des Wahlkreises Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg kennen.

Die Klarheit wie die Überzeugungskraft seines juristischen Denkens und seine große Achtung, die er Kurt Schumacher entgegenbrachte, machten ihn bald zu dessen engen Mitarbeiter. Schon nach kurzer Zeit war

offenbar, daß die Fraktion seinen politischen wie seinen juristischen Rat nicht entbehren konnte.

Das, was seine politischen Gegner ihm als Spitznamen zugebracht hatten, nämlich der "Kronjurist" der SPD zu sein, wurde mehr und mehr ein Begriff der Anerkennung und Achtung vor seinem unbestechlichen Urteil.

Es war ein Höhepunkt in der Arbeit des führenden Verfassungsrechtlers der Bundesrepublik - bei einem Sechzigjährigen von Krönung zu sprechen, ist sicher verfrüht -, als das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 28.2.1961 die Deutschland-Fernsehpläne Adenauers auf Antrag Arnolds als verfassungswidrig zurückwies.

Neben seinen unerschöpflichen Beiträgen zum richtigen Verständnis des Grundgesetzes und zur demokratischen Auffassung unserer Rechtsordnung hat das langjährige Mitglied des Parteivorstandes das Bild der Sozialdemokratischen Partei, wie es sich in Gödesberger Programm darstellt, entscheidend mitgeprägt. Seine große Rede in Herbst 1960 vor dem Kulturpolitischen Kongreß der SPD über "Kultur und Politik in unserer Zeit" ist ein bleibendes Dokument zur Standortbestimmung der deutschen Sozialdemokraten, wie es auch schon heute u.a. ihm als bleibendes Verdienst anzurechnen ist, daß die Bemühungen der Sozialdemokraten um ein modernes Verhältnis zu den christlichen Kirchen wachsenden Erfolg aufweisen.

Wer kann sich dem tiefen Eindruck entziehen, den er mit der ersten Auseinandersetzung um die Demokratie in seiner Rede zur 30. Wiederkehr des 23. März 1933 hinterließ? Er ehrte sich und uns mit den Worten, die er damals als erster deutscher Politiker in einem Regierungsamt für die Verfolgten und Emigranten fand.

Nur denjenigen, der Adolf Arnold nicht kennt, konnte es verwundern, daß er den Ruf Willy Brandts, in Berlin das Amt für Kunst und Wissenschaft zu übernehmen, annahm. Seine Neigung zur Kunst bildet einen wesentlichen Teil seiner Persönlichkeit. Mit vielen großen Künstlern unserer Zeit verbinden ihn persönliche Freundschaften. Diesen für die Stellung Berlins so wichtigen Auftrag zu übernehmen, mußte für ihn besonders verlockend sein. Mit Ernst, mit Nachdruck und mit Sachkenntnis widmete er sich dieser neuen Aufgabe und fand bald Anerkennung und uneingeschränkte Zustimmung. Wenn er jetzt dieses Amt verlassen muß, weil ihn seine angegriffene Gesundheit dazu zwingt, dann darf er gewiß sein, daß alle die Vorstellungen und Ansätze, die er in mehr als unermühtlicher Arbeit in diesem einen Jahr geschaffen hat, noch für lange Zeit den kulturellen Weg Berlins bestimmen werden.

Die Sozialdemokratische Partei ist stolz darauf, ihn in ihren Reihen zu wissen. Sie, aber auch die deutsche Demokratie überhaupt, erhoffen von ihm noch weitere Bereicherung. Er bleibt der, als den eine große deutsche Tageszeitung ihn kürzlich bezeichnete: "ein Avantgardist unserer Mündigkeit".

Volk und Armee

Von Werner Buchstaller, MdB

Die Integration der bewaffneten Streitkräfte in die Staatsordnung ist eine Lebensfrage unserer jungen Demokratie. Diese Aufgabe kann nicht ernst genug genommen werden. Es wäre ein Trugschluß zu glauben, daß Verfassungsbestimmungen, Gesetzgebung und der gute Wille der ministeriellen und militärischen Führung allein diesen Integrationsprozeß garantieren könnten. Die Grundvoraussetzung für den Staatsbürger in Uniform ist der Staatsbürger in Zivil.

Der Besuch des Bundespräsidenten, des ersten Bürgers unseres Staates, bei der Schule Innere Führung der Bundeswehr, war deshalb mehr als ein Höflichkeitsbesuch. Er unterstrich mit der Autorität des höchsten Staatsorgans die unauflösliche Verbindung von Volk und Armee, die keinen Gegensatz zwischen militärischer Ordnung und freiheitlichem Bürgersinn duldet. Nur in der Identität von Menschenwürde und staatsbürgerlicher Pflichterfüllung kann die Verteidigungsbereitschaft unseres ganzen Volkes begründet sein. Der junge Soldat muß deshalb, wie Bundespräsident Dr. Lübke unterstrich, erkennen und erleben, daß in der Bundeswehr das gleiche Menschenbild und die gleichen Überzeugungen gelten, wie im gesamten staatlichen Raum.

Vorfälle wie in Nagold gehen deshalb nicht nur die Bundeswehr an. Sie stellen die Unantastbarkeit der Menschenwürde der Bürger unseres Staates in Frage. Unablässig muß deshalb dahin gewirkt werden, daß der Geist der Schule Innere Führung der Bundeswehr zum tragenden Fundament für die gesamte Bundeswehr wird. Das innere Gefüge unserer Armee ist von entscheidender Bedeutung für ihr Hineinwachsen in Staat und Gesellschaft. Die wahre Aussage des Bundespräsidenten fällt in die richtige Zeit. Es ist eine Absage an den Geist der ewig Gestrigen. Dieser Geist wird nicht vom Gefreiten Raub demonstriert, sondern von denen, die ihn gewähren ließen. Der Besuch des Bundespräsidenten in Koblenz und sein Appell an die Bundeswehr haben noch einmal unterstrichen, daß für diesen Geist kein Platz sein darf bei den Soldaten unseres Volkes.

Die Entwicklung der geistigen, sittlichen und seelischen Kräfte der Bundeswehr beruht auf den Grundsätzen der Inneren Führung. Ihnen auf allen Gebieten und in allen Bereichen Geltung zu verschaffen, war das große Anliegen des Bundespräsidenten. Darin liegt die verpflichtende Aufgabe für alle Staatsbürger - in Uniform und in Zivil.

+ + +

Israel noch immer ausserhalb der EWG

Von Egon Heinrich

Kaum eine andere Strasse in Brüssel ist in den letzten Jahren so berühmt geworden wie die Avenue de la Joyeuse Entrée. Die Straße zum fröhlichen Eintritt. Ihre Popularität in Europa verdankt diese Avenue dem Umstand, daß sie Verwaltungsspitze und -zentrum der EWG beherbergt.

Zu Beginn dieser Woche war dort eine Frau zwei Tage lang zu Gast, die das Strassenschild geflissentlich übersehen dürfte. Für die israelische Außenministerin Golda Meir ist der "Eingang zur EWG" nicht erfreulich. Seit Sommer 1958, also schon seit dem Beginn der EWG, bemüht sich Israel vergebens um ein handelspolitisches Arrangement mit der EWG. Während die EWG inzwischen Griechenland, die Türkei sowie 18 afrikanische Staaten und Madagaskar assoziiert und mit dem Iran ein

Wirtschaftsabkommen abgeschlossen hat, steht Israel noch immer draußen vor der Tür. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr wurden die israelischen Unterhändler vertröstet.

Die erste Abfuhr erhielt Israel bereits 1962. Damals wurde ein Assoziierungsabkommen oder ein globales Abkommen im EWG-Ministerrat abgelehnt und auf die Möglichkeit eines Handelsabkommens verwiesen. Doch hier wurden vom Ministerrat immer wieder die GATT-Regeln vorgeschoben, um eine Übereinkunft zu verhindern oder zu verzögern. Zahlreiche Reisen israelischer Minister in die Hauptstädte der Sechs blieben erfolglos.

Auch Ende Februar dieses Jahres scheiterten die Beratungen wieder am Widerstand Frankreichs und Italiens. Diese Länder opponieren vor allem gegen Zollsenkungen für israelische Apfelsinen. Israel ist aber auf eine enge wirtschaftliche Bindung an den Gemeinsamen Markt angewiesen. Das Land ist von seinem wirtschaftlichen Hinterland abgeschnitten. Seine Handelsbilanz weist seit 1949 ein jährliches Defizit zwischen 225 und 300 Millionen Dollar auf, das bisher durch US-Hilfe und die deutsche Wiedergutmachung ausgeglichen werden konnte. Diese Zuwendungen laufen aber aus.

Das Europäische Parlament und insbesondere seine sozialistische Fraktion haben in den vergangenen Jahren wiederholt eindringlich den Abschluß eines Abkommens mit Israel gefordert. Auf der Januar-Sitzung wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. In der Debatte erklärte der für die Außenbeziehungen der EWG zuständige Kommissar Jean Rey, daß das Schwergewicht der EWG-Assoziierungen zur Zeit im Mittelmeerraum liege. Deshalb müsse man bei Israel etwas kurztreten. Rey vergaß jedoch, daß Israel als erstes Land aus dem Mittelmeerraum die Assoziierung beantragt hatte. Zu Reys Bedenken paßt es auch nicht, daß die EWG in letzter Zeit mit Marokko, Algerien, Nigeria, Uganda und Tansania Assoziierungsverhandlungen aufgenommen hat. Gleichzeitig hat Frankreich wieder den Assoziierungsantrag Spaniens auf den Verhandlungstisch des Ministerrats in Brüssel gelegt.

Für die EWG wäre die wirtschaftliche Bedeutung eines Israel-Abkommens nicht allzu groß. Wichtiger sollte in diesem Fall jedoch die politische und moralische Verpflichtung Europas gegenüber Israel sein, von der deutschen Verpflichtung ganz zu schweigen.

Das Land am Roten Meer gehört geistig, kulturell und wirtschaftlich zum europäischen Kontinent. Man sollte sich auch durch unfreundliche Reaktionen der arabischen Länder nicht am Abschluß eines Abkommens mit Israel hindern lassen. Unüberwindlich sind auch die GATT-Regeln nicht.

Ein Mann, der es wissen muß, hat kürzlich das Fazit der fünfjährigen Israel-Verhandlungen gezogen. Auf dem Europa-Kongreß der SPD-Bundestagsfraktion in Bad Godesberg sagte Alfred Kozer, Kabinettschef bei der EWG-Kommission:

"Die beste Illustration dafür, die beste Möglichkeit, um Kritik an diesem Organ (Ministerrat) zu üben, das hermt, ist der Fall Israel. Der israelische Ministerpräsident hat die sechs Hauptstädte besucht und hat von allen Regierungen reale Zusagen bekommen, daß man für Israel ein Übereinkommen finden wird. Als die Israelis die Liste ihrer Produkte vorlegten, hat man ihnen in allen Hauptstädten gesagt: Jawohl, das geschieht. Und in Ministerrat hat dann jedes Land die Dinge abgestrichen, die ihm lästig waren und übrig geblieben sind die Badeanzüge. Soweit sind wir heute. Es liegt nur am Ministerrat, nicht an der Kommission, nicht am Europäischen Parlament."

De Gaulle und die CDU/CSU

Im Hintergrund die "Europäische Atomstreitmacht"

sp - Die "Junge Union" scheint zu wissen, warum sie die Parteivorstände der CDU/CSU davor warnt, allzu enge Kontakte mit den Gaullisten zu pflegen. Inzwischen sind nämlich die Namen der Teilnehmer an dem letzten in Bad Godesberg veranstalteten Freundschaftstreffen bekanntgeworden, und auch die Themen dieser Zusammenkunft sowie zukünftiger Rendezvous haben in Bonner politischen Kreisen die Runde gemacht.

Die Zusammenkunft der Gaullisten und CDU/CSU-Politiker fand am Donnerstag vergangener Woche in dem Amtsgebäude der Bayerischen Vertretung in Bonn statt. An der Spitze der französischen Delegation stand der Generalsekretär der Gaullisten, Jacques Baumel. Die übrigen Delegationsmitglieder waren M. Jacques Vendroux, General Billotte, Christian de la Malène, Michel de Grailly, Jean de Lipkowsky, André Fanton, Gabriel Kaspereit und Grossmann. Auf deutscher Seite nahmen an der Besprechung teil: Dr. Adenauer, MdB Gradl, MdB Furler sowie die CSU-Politiker MdB Franz Josef Strauss, MdB Dr. Jäger und der frühere CSU-Generalsekretär MdB Dr. Zimmermann. Als Dolmetscher hatte sich der Journalist Dalma vom MÜNCHNER MERKUR zur Verfügung gestellt; Herr Dalma ist auch Mitarbeiter der Zeitschrift WEHRKUNDE.

Jacques Baumel ist ein enger Vertrauter des General-Präsidenten und Jacques Vendroux der Schwager de Gaulles. Ohne Zweifel läßt sich hieraus schließen, daß de Gaulle enge Kontakte seiner "Bewegung" mit der CDU/CSU befürwortet. Auch daß die Herren Adenauer, Strauss und Jäger an der Besprechung teilnahmen, und daß ausgerechnet die Bayerische Vertretung in Bonn ihre Räume für das Treffen zur Verfügung stellte, kann als "Programm" gewertet werden.

Im Mittelpunkt der Aussprache zwischen den französischen und deutschen Politikern stand die Überlegung, ob mit Hilfe der französischen Atomwaffe eine "Europäische Atomstreitmacht" geschaffen werden könne, an der auch die Bundeswehr beteiligt wird. Die französischen Gesprächspartner sind auf deutsche Überlegungen dieser Art weder positiv noch negativ eingegangen, sondern haben lediglich darauf verwiesen, daß eine solche Entwicklung durchaus möglich sei. Bei einer nächsten Zusammenkunft, die in der zweiten Hälfte des Monats Mai in Paris stattfinden soll, will man die Erörterung strategischer Probleme vertiefen und hat deshalb beschlossen, daß General Billotte und Franz Josef Strauss einführende Referate über europäische Verteidigungsfragen halten.

Im Hintergrund des ganzen Unternehmens, das sicher nicht ohne Wissen der Bundesregierung eingeleitet wurde, steht der zunehmende Druck jener Parlamentarier im deutschen Regierungslager, die schon seit Längem de Gaulles Europa-Politik bewundern und gerne möchten, daß auch die offizielle Politik der Bundesrepublik auf diese Linie einschwenkt. Anzeichen hierfür waren bereits sichtbar in der Bundestagsdebatte über das Moskauer Atomteststopp-Abkommen, wo deutlich wurde, wie unsicher die meisten Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind.